Bebauungsplan Nr. 15.1
„Gewerbegebiet Neubeckumer Straße“

ORIGINAL

1. Der Rat der Stadt Beckum hat am 19.12.2000 die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 15.1 „Gewerbegebiet Neubeckumer Straße“ gem. § 2 (1) BauGB beschlossen.

Der Beschluss ist am 09.02.01 öffentlich bekannt gemacht worden.

Beckum, den 10.01.2001

(Dhrd)
Bürgermeister

2. Aufgestellt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141)

Beckum, den 20. 12. 2000
STADT BECKUM
Der Bürgermeister
Stadtplanungsamt
Im Auftrag:

(Schneider)
Stadtbaudirektor

3. Der Rat der Stadt Beckum hat am 19. 12. 2000 dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 15.1 und die öffentliche Auslegung des Entwurfes gem. § 3 (2) BauGB beschlossen.

Beckum, den 20. 12. 2000

(Dhrd)
Bürgermeister

4. Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes mit Begründung ist am 29. 01. 2001 ortsüblich bekannt gemacht worden mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB zu erfolgen sind.

Beckum, den 10. 01. 2001
STADT BECKUM
Der Bürgermeister
Im Auftrag:

(Fachbereichsleiter)

5. Der Entwurf zu diesem Bebauungsplan und die Begründung haben gem. § 3 (2) BauGB auf der Dauer eines Monats vom 19.03.2001 bis 19.04.2001 nach zu jedermann Einsicht öffentlich vorgelegen.

Beckum, den 21. 03. 2001
STADT BECKUM
Der Bürgermeister
Im Auftrag:

(Fachbereichsleiter)

6. Der Rat der Stadt Beckum hat am 28.05.2001, über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken, die gem. § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB eingegangen sind, beschlossen.

Beckum, den 29. 06. 2001

(Dhrd)
Bürgermeister

7. Der Rat der Stadt Beckum hat am 28.05.2001 diesen Bebauungsplan gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

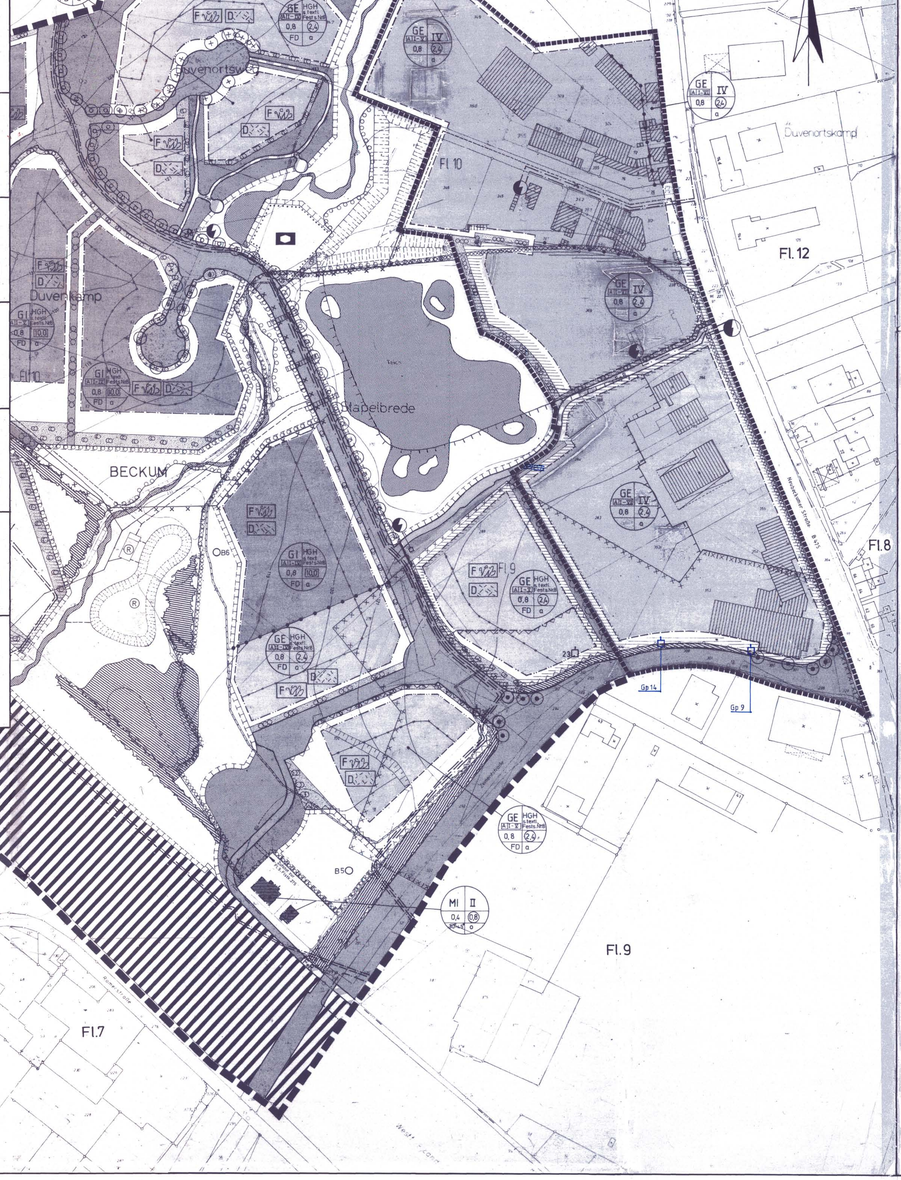
Beckum, den 29. 06. 2001

(Dhrd)
Bürgermeister

8. Der Beschluss der Ratss der Stadt Beckum über diesen Bebauungsplan ist kraftgem. gem. § 10 Abs. 3 BauGB sowie Ort und Zeit der Auslegung des Bebauungsplanes sind am 03. 07. 01 gem. § 10 Abs.3 BauGB ortsüblich bekannt gemacht worden. Der Plan ist am 03.07.01 rechtsverbindlich geworden. Mit der Bekanntmachung ist der Bebauungsplan in Kraft getreten.

Beckum, den 04. 07. 2001
STADT BECKUM
Der Bürgermeister
In Vertretung:

(Lehmann)
Leiter Bauamtsbereich



Rechtsgrundlagen

1. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung des Baugesetzbuchs vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141), zuletzt geändert am 16.01.1998 (BGBl. I S. 137)
2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I. S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 Investitionserleichterungs- und WohnbaulandG vom 22. April 1993 (BGBl. I. S. 466)
3. Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991, I. S. 58)
4. Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Landesbauordnung - (BauO - NRW) vom 01. März 2000 (GV. NRW. S. 256)
5. Gemeindeordnung für das Land NW (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666 - SGV. NRW. S. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2000 (GV. NRW. S.245)
6. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Neufassung vom 21. September 1998 (BGBl. I. S. 2994).
7. Gesetz zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. August 1994 (GV. NW. S. 710); zuletzt geändert durch Gesetz vom 2.05.1995 (GV NW. S. 328)
8. Landeswassergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV NW. S. 926)

Legende / Erklärungen der Planzeichen

Für Baulinien, Baugrenzen und andere Begrenzungslinien, die zahlenmäßig nicht festgelegt sind, ist die zeichnerische Darstellung des Planes maßgebend.

Erklärung der Abkürzungen

BauGB - Baugesetzbuch
BauNVO - Baunutzungsverordnung
BauO NW - Bauordnung Nordrhein-Westfalen

Bestand

- vorhandene Flurgrenze
- 4/23 vorhandene Flurstücksgrenze
- 123 Flurstücksnummer
- vorhandene Gewerbebetriebe
- vorhandene Wohngebäude
- 128,00 vorhandene Geländehöhe

Festsetzungen / Abgrenzungen

- Umgrenzung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15
- Umgrenzung des Bebauungsplanes Nr. 15.1
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (§ 1 (4), § 16 (5) BauNVO)

Art der baulichen Nutzung

- Gewerbegebiet
- GE IV — ausgenommen Betriebsarten der Abstandsklasse I - V (s. textl. Festsetzungen und Abstandsliste)

Maß der baulichen Nutzung

z.B. 0,8 — GFZ Grundflächenzahl

z.B. (2,4) — GFZ Geschoßflächenzahl

IV — Zahl der Vollgeschosse (max.)

GE IV / GH 11,5 / FD 0,8 (2,4) — Art der baul. Nutzung; zulässige Nutzungsart; Grundflächenzahl; Geschoßflächenzahl; Zahl der Vollgeschosse; Bauweise

Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

a — abweichende Bauweise von der offenen Bauweise gem. § 22 (4) BauNVO siehe textl. Festsetzung

- Baugrenze
- überbaubare Grundstücksfläche
- nicht überbaubare Grundstücksfläche

Verkehrsflächen

- Straßenbegrenzungslinie
- Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
- öffentliche Verkehrsfläche
- Fuß- u. Radweg mit wassergebundenem Belag
- Sichtdreiecke - bei Strauchbepflanzung Bewuchshöhe max. 70 cm

Flächen für Versorgungsanlagen

- Flächen für Versorgungsanlagen
- Elektrizität

Grünflächen

- private Grünflächen
- öffentliche Grünflächen

Pflanzgebote gem. § 9 (1) Nr. 25 a + b BauGB

1. Bäume vorhanden mit Bindung f.d.Erhaltung
2. Baum und Strauchbestand -vorhanden- zum Teil verbuschte, lückige Schotterflurien mit Bindung für die Erhaltung.
3. Abpflanzungen aus Bäumen und Sträuchern im Bereich privater Grundstücke -geplant- (Pflanzliste A - s. Begründung)

Kennzeichnung von Flächen gem. § 9 (5) BauGB

- ehemaliger Steinbruchbereich
- ehemalige Müldeponie
- gewerbliche Bauflächen auf denen besondere Gründungsmaßnahmen notwendig sind.

Maßnahmen/Festsetzungen auf Grundlage der Ergebnisse Gefährdungsabschätzung -Gewerbepark "Grüner Weg" - gem. § 9 (1) Nr. 24 BauGB

- Bereich der Grifflichtungsabschätzung.

Die anteraustan Flächen dienten zur Abgrabung/Gewinnung von Bodenschätzen. Die abgegrabenen Flächen wurden im wesentlichen mit Eisenbahnschotter verfüllt, teilweise als Reisendéponie genutzt.
Inherhalb dieses Bereiches kann auch nach Durchführung der Wiedernutzbarmachung der Flächen mit Bodenverunreinigungen gerechnet werden.

Folgende Forderungen sind zu erfüllen:

- Überbaute Flächen sind mit einer Filterdrainage zu versehen.
- Nicht überbaute Grundstücksflächen sind mindestens 0,5 m mit unbelastetem bindigem Bodenmaterial abzudecken.
- Unterkellerungen der zukünftigen Gebäude sind unzulässig.
- Sofern Erdbereiten notwendig werden, die die Drainagesicht durchdringen, sind ggf. Maßnahmen zu ergreifen und mit den Fachbehörden abzustimmen.
- Auswahlmäßige zulässige Wohnungen (.S. des § 8 Abs. 3 der I. BauNVO sind gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO nicht zulässig.
- In den privaten Grünflächen ist die Einrichtung von Kinderspielplätzen unzulässig.
- Das Anlegen von Nutzgärten sowie das Anpflanzen von Nutzpflanzen einschl. Obstbäumen ist unzulässig – (Einschränkung der Pflanzenarten der Pflanzliste).
- Die Nutzung des Grundstückes ist nur mit Zustimmung der Unteren Wasserbehörde –Kreis Warendorf- zulässig.

Bezirksregierung Münster
Dezernat 53/54 Gr.5, Sp.14
Von der Bebauung freizuhalten / bei Überbauung muss die Zugänglichkeit und der Betrieb der Messstellen gewährleistet bleiben

Nachrichtliche Übernahme gem. § 9 (6) BauGB

- 10 KV-Kabel
- Info-Kabel

Textliche Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 4 BauNVO werden die im Bebauungsplan festgesetzten GI- und GE-Gebiete zum Schutz der angrenzenden Wohnbebauung nach Betriebsarten gegliedert.
Die in den jeweiligen Gliederungsbereichen eingetragenen Abstandsklassen beziehen sich auf die im Bebauungsplan aufgeführte Abstandsliste 1990 (s. Planlegende). Auf den jeweiligen GE- und GI-Flächen sind Betriebsarten unzulässig, die unter die zuvor genannte Abstandsklasse fallen sowie Betriebe mit ähnlichen Emissionsgraden.

Gemäß § 31 Abs. 1 BauGB sind ausnahmsweise Betriebe der jeweils nächstniedrigen Abstandsklasse zuzulassen, wenn sie in ihren Emissionsverhalten den Betrieben der zulässigen Abstandsklasse entsprechen.

Gemäß § 31 Abs. 1 BauGB sind ausnahmsweise Betriebe, die in der Abstandsliste mit (*) gekennzeichnet sind, in den beiden jeweils nächstniedrigsten Abstandsklassen zuzulassen, wenn sie in ihren Emissionsverhalten den Betrieben der zulässigen Abstandsklasse entsprechen.

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO sind Vergnügungsstätten i.S. des § 8 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO nicht zulässig.

Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 sind ausnahmsweise zulässige Wohnungen für Aufsicht- und Bereitschaftspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbegebiet zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind (.S.d. § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO nicht zulässig.

Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 Abs. 4 BauNVO können als abweichende Bauweise der offenen Bauweise (a) Gebäude auf den Baugrundstücken in GE-Flächen die Länge von 50 m überschreiten. Die Bestimmungen bzgl. des seitlichen Grenzabstandes bleiben hiervon unberührt.

Gemäß § 14 (1) BauNVO i.V.m. § 12 Abs. 6 BauNVO sind Garagen, Stellplätze sowie Nebenanlagen und Einrichtungen auf den nichtüberbaubaren Flächen straßenseitig und auf den Flächen, für die eine Bepflanzung festgesetzt ist, unzulässig. Private Stellplätze sind in Rasengittersteinen, Schotterrasen oder grofugigem Pflaster anzulegen. Zugangs- und Ausstellgeflächen können in engfugigem Pflaster ausgeführt werden. Je begonnene 4 Stellplätze ist innerhalb der Stellplatzflächen ein großkroniger, standortgerechter Laubbaum mit einem Stammumfang von 18-18 cm, gem. in 1 m Höhe einzupflanzen und dauerhaft zu erhalten (s. Gestaltungssatzung und Pflanzliste – Begründung).
Bei Eckgrundstücken gilt nur eine Grundstücksgrenze als straßenseitiger Bereich

Hinweise zum Bebauungsplan

Den Baumitragunterlagen ist ein Lageplan mit der Darstellung der Einhaltung der Pflanzgebote und der entsprechenden Festsetzungen zur äußeren Gestaltung der baulichen Anlage beizufügen.

Der Bebauungsplan enthält die für die Zulässigkeit von Bauvorhaben erforderlichen Mindestfestsetzungen (§ 30 BauGB) sowie die Begrenzungen der Verkehrsflächen.
Wenn und soweit Bauvorhaben Festsetzungen des Bebauungsplanes entsprechen, gelten die Anbaubestimmungen des § 9 Abs. 1-5 FStrG nicht (§ 9 Abs. 7 FStrG).

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Beckum und dem Westf. Museum für Archäologie / Amt für Bodendenkmalpflege unverzüglich anzuzeigen.

Es wird empfohlen, das Niederschlagswasser von den Dachflächen aufzufangen und als Brauchwasser zu verwenden. Bei geführter Zisterne wird ein Überlauf i.d. Regenwasserkanal gestattet.
Eine Verbindung von Trinkwasseranlagen mit Regenwasseranlagen ist nach der Trinkwasserverordnung 17 (1) und nach DIN 1988 Teil 4 Abs. 3.2.1 nicht zulässig. Die DIN 1988 (Technische Regeln für Trinkwasserinstallation) ist bei der Errichtung und Nutzung einer Regenwasseranlage zu beachten.

Äußere Gestaltung baulicher Anlagen gem. § 86 Abs. 4 BauO NW i.V.m. § 9 (4) BauGB

Produktions- sowie Lagerhallen sind an der (den) straßenzugewandten Seite(n) mindestens alle 25 m durch Vor- oder Rücksprünge (Einkerbungen, Auskragungen, Vorbauten) von mindestens 2 m Breite und 1 m Tiefe, die mindestens 2/3 der Gebäudehöhe ausmachen, zu gliedern.

Freiflächengestaltung

Unpaarten (Flächen zwischen Straßenbegrenzungslinie und Baugrenze) sind zu begrünen und mit mindestens zu 1/3 mit standortgerechten Stauden und heimischen Gehölzen (s. Pflanzliste – Begründung) zu bepflanzen.

Auf jedem Gewerbegrundstück ist pro 300 qm Grundstücksfläche ein großkroniger, standortgerechter Laubbaum zu pflanzen und zu erhalten (Stammumfang 16-18 cm).
Insgesamt ist für jeden 4. Stellplatz innerhalb der Stellplatzflächen zusätzlich mindestens ein großkroniger, standortgerechter Laubbaum mit einem Stammumfang von 16-18 cm gem. in 1 m Höhe einzupflanzen und dauerhaft zu erhalten (s. Pflanzliste – Begründung). Ausgenommen hiervon sind Stellplatzflächen für Neu- und Gebrauchtfahrzeuge des Autohandels. Sie werden als Lagerflächen beurteilt. Diese Ausnahme gilt nicht für Kundenstellplätze und für Stellplätze für Betriebsangehörige.

Baumscheiben von mindestens 10 m² sind anzusäen und als offene, ungepflanzte Flächen anzulegen und dauerhaft zu erhalten.

Grundstücksflächen für spätere Betriebserweiterungen sind als zusammenhängende Vegetationsfläche zu gestalten.

Das Aufstellen von Pflanzkübeln ist nicht gestattet.

Sämtliche Pflanzungen (außer Dachbegrünung) sind so anzulegen, dass ein Kontakt zum gewachsenen Boden vorhanden ist.

Einfriedigungen

Höhe der Einfriedigungen max. 2 m.

Die Einfriedigungen sind einzugrünen. Hier sind Einfriedigungen aus Nadelhölzern sowie aus verschiedenfarbigen Materialien, Kunststoff und Aluminiumprofilen unzulässig. Der Grundstückseicherung ist nur der obere Abschluss der Einfriedigungen an den seitlichen und hinteren Grundstücksgrenzen in Stacheldraht zulässig.

Müll, Abfall

Müllcontainer, Mültonnen, Tank- und Lagerbehälter sind –sofern sie nicht in/oder am Gebäude integriert werden- einzugrünen.
Sie sind nicht zulässig an den Frontseiten der Gebäude. Ihre Lage und Größe muss in den Bauanträgen dargestellt werden.

Werbeanlagen

Werbeanlagen an den Gewerbebetrieben sind nur an 2 Gebäudeseiten zulässig. Sie dürfen das Maß von 1/10 der jeweiligen Außenwandfläche nicht überschreiten. Schriftzüge und Einzelbuchstaben sind je Gebäudeseite einmal bis zu einer Höhe von 1 m zulässig.

Werbeanlagen auf und über den Dächern sind nicht zulässig.

Blinkende und sich bewegende Werbeanlagen sowie Wiederholungen an einer Gebäudeseite sind unzulässig.

Abstandsliste 1990

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer (Spalte) der Anlage	Anlagen
I	1000	1	1 (1)	Anlagen zur Herstellung von Explosivstoffen, Munition, Treibstoffen, Explosivstoffen, soweit die Herstellung/Verarbeitung mit MAE-Stoffen erfolgt
		2	1 (1)	Anlagen zur Trockenschleifkreide (z.B. Kreidewerke und Schreibkreide)
		3	5(2)	Anlagen zur Gewinnung von Radium
		4	4(1)	Anlagen zur Wiederaufbereitung von Stoffen durch chemische Umwandlung mit mehr als 70 Produktionsanlagen
II	1000	7	1 (4)	Anlagen zur Wiederaufbereitung von Chemiefasern
		8	4(1)	Anlagen zur Destillation oder Raffination oder sonstigen Weiterverarbeitung von Erdöl oder Erdölprodukten, ausgenommen in Mineralöl-, Öl- oder Schmierstoffraffinerien, in petrochemischen Werken oder bei der Gewinnung von Paraffin
		7	1 (4)	Anlagen zur Vergasung von Steinkohle oder Kokse
		8	2 (4) (*)	Anlagen zur Herstellung von Formaldehyd unter Verwendung von Zeolith oder anderen Molekularsieb- bis Freon (*)
		9	3 (1)	Anlagen zum Poolen, Schmelzen oder Sintern von Erzen
		10	3(1)	Anlagen zur Gewinnung von Nichteisenmetallen (Blei-, Zink- und Kupferschmelze)
		11	3(1)	Anlagen zur Zinkrückgewinnung, ausgenommen Leistungsbereiche mit weniger als 5 t Metallinhaltsgewicht, wenn Industrieofen (TI) 3- durch BImSch. 27 und 4BI
		12	3 (10)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Stahlfässern aus Metall im Freien (z.B. Dampfbeizen, Ceistaber) (*)
		13	3 (10)	Anlagen zur Herstellung von Schiffsbojen oder -wrkörpern aus Metall im Freien (*)
		14	3 (10)	Anlagen zur Herstellung von Glas- oder Stahlbauelementkörpern im Freien (*)
		15	4 (1)	Anlagen zur Herstellung/Verarbeitung von Stoffen durch chemische Umwandlung mit Produktionsanlagen (*)
		16	4 (16) (*) 5 (16) (*) 5 (10)	Anlagen zur Herstellung/Verarbeitung von Stoffen durch Mischkultur auf Produktionsanlagen mit weniger als 10 Produktionsanlagen (*) Ausnahmen: Herstellung von Farben und Lacken, Kunststoffen, Kunstharzen, Kunstharzlacken, Kunstharzlacken, Kunstharzlacken